Anlage 2

Auskunft der Datenschutzbeauftragten vom KRZ Minden-Ravensberg / Lippe vom 19.04.2013

„Gemäß § 15 Abs.2 VermKatG NW können kreisangehörige Gemeinden, die mit Hilfe automatisierter Verfahren unmittelbaren Zugriff zum Liegenschaftskataster haben, den Eigentümern und anderen Berechtigten unter den dort genannten Voraussetzungen Einsicht in das Liegenschaftsbuch und die Liegenschaftskarte gewähren und Auszüge daraus erteilen. In § 14 Abs. 2 VermKatG NW ist geregelt, dass Eigentümer, Erbbauberechtigte und Notare das Liegenschaftskataster einsehen können sowie Auskünfte und Auszüge über die sie betreffenden Liegenschaften erhalten. Andere Antragsteller können das Liegenschaftskataster in gleichem Umfang nutzen, soweit sie ein berechtigtes Interesse darlegen.

Für die Beantwortung Ihrer Frage hinsichtlich der Zulässigkeit von Auskünften zum Namen des Grundstückeigentümers ist jeweils zu prüfen, ob die vorgenannten Voraussetzungen vorliegen. D. h., bei anderen Antragstellern (Auskunftsbegehrenden) im Sinne der vorgenannten Vorschrift ist zu beurteilen, ob ein berechtigtes Interesse dargelegt wird. Hierzu gebe ich Ihnen nachfolgend einige Informationen:

Nach der Kommentierung zum Datenschutzgesetz (DSG NRW) gehört zu den berechtigten Interessen jedes öffentliche oder private, ideelle oder vermögenswerte Interesse, das von der Rechtsordnung als schutzwürdig anerkannt wird. Dabei kommt es nicht entscheidend darauf an, ob der Übermittlungsempfänger eigene oder fremde berechnete Interessen geltend macht. Der Begriff "Geltendmachung" verlangt weniger als "Glaubhaftmachen". Die Behörde kann sich mit der bloßen schlüssigen Darlegung des unmittelbaren oder mittelbaren eigenen Interesses des Auskunftsbegehrenden begnügen.

Nach meiner Auffassung kann ein berechtigtes Interesse angenommen werden, wenn die Darlegung des Auskunftsbegehrenden konkret und plausibel ist. Bloße Behauptungen oder Neugierde reichen dagegen nicht aus.

In den vorliegenden Fällen halte ich Auskünfte an den NABU für unbedenklich, während ich bei „Bauwilligen“ darauf abstellen würde, ob es sich um ein konkretes Grundstück handelt.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die Nutzung der Daten des Liegenschaftskatasters durch Dritte (z. B. andere Antragsteller) dem Zweckbindungsprinzip unterliegt. Das bedeutet, dass die dem Auskunftsbegehrenden im Rahmen der Auskunft übermittelten personenbezogenen Daten von diesem nur für die Zwecke verwendet werden dürfen, für die sie ihm übermittelt wurden. Hierauf sollten Sie den jeweiligen Datenempfänger hinweisen.“